

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:
Wellandstraße 58
73434 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt

17/2011

– Persönliche Notizen –

Was gut ist für Europa, ist auch gut für Deutschland

Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel

Der Deutsche Bundestag hat sich an diesem Mittwoch mit breiter Mehrheit für die Ausweitung der Wirksamkeit des Rettungsschirms ausgesprochen, mit dem die Schuldenkrise im Euro-Raum gebannt werden soll. Alle Fraktionen mit Ausnahme der Linken stimmten dafür, dass die Europäische Stabilisierungsfazilität (EFSF), der sogenannte Euro-Rettungsschirm, mit Hilfe weiterer Instrumentarien so effizient wie möglich genutzt werden kann. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte zuvor in einer Regierungserklärung eindringlich an die Abgeordneten appelliert, dafür auch vertretbare Risiken einzugehen. Sie wiederholte dabei ihr Credo: „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Und das dürfe nicht passieren, mahnte die Bundeskanzlerin. Die Bundesregierung habe die „historische Verpflichtung, das Einigungswerk Europas mit allen uns zur Verfügung stehenden und verantwortbaren Mitteln zu verteidigen und zu schützen“, betonte Merkel. Sie unterstrich außerdem: „Was gut ist für Europa, das ist auch gut für Deutschland.“ Denn kein anderes europäisches Land profitiere wirtschaftlich so stark von der gemeinsamen Währung wie Deutschland. Die Bundeskanzlerin zeigte Verständnis für die Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger. „Die Schuldenkrise bewegt viele Menschen“, sagte Merkel. Sie unterstrich, dass das Gesamtvolumen der EFSF von 440 Milliarden Euro und der deutsche Anteil in Höhe von 211 Milliarden Euro unter keinen Umständen erhöht würden. Gleichzeitig räumte sie ein, es sei nicht auszuschließen, dass mit der Ertüchtigung der EFSF unter Umständen auch das Risiko wachse, dass

Deutschland seine Finanzierungszusagen für den Rettungsschirm einlösen müsse. Nach Abwägung aller Argumente halte sie es aber für vertretbar, das Risiko einzugehen: „Eine bessere Alternative liegt mir nach Prüfung aller Argumente nicht vor. Es wäre nicht vertretbar und nicht verantwortlich, das Risiko nicht einzugehen.“ Als weitere notwendige Maßnahmen zur Bewältigung der Schuldenkrise im Euro-Raum nannte Merkel unter anderem die Einführung von Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild in den anderen Mitgliedstaaten, einer Klagemöglichkeit gegen Stabilitätsünder vor dem Europäischen Gerichtshof und einer Finanztransaktionssteuer in der EU. Die Bundeskanzlerin warnte aber auch vor der Illusion, die Schuldenkrise in der Euro-Zone könne über Nacht gelöst werden. Vor allem Griechenland stehe „erst am Anfang eines langen und schwierigen Weges“. Sie sei sich der Tatsache bewusst, dass den Menschen in Griechenland im Zuge des Reformprozesses viel abverlangt werde. „Sie verdienen unseren Respekt und eine tragfähige Zukunftsperspektive in der Euro-Zone.“ Andererseits müssten Länder wie Griechenland, die die Solidarität Europas in Anspruch nähmen, immer auch Eigenverantwortung übernehmen. Der Deutsche Bundestag erteilte der Bundeskanzlerin nach ihrer Regierungserklärung mit 503 Ja-Stimmen bei 89 Nein-Stimmen und vier Enthaltungen zu einem fraktionsübergreifenden Entschließungsantrag ein starkes Mandat für die Verhandlungen in Brüssel. Dazu erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Norbert Barthle: „Der Bundestag hat der Bundeskanzlerin die geballte

Rückendeckung für die schweren Verhandlungen in Brüssel gegeben. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist davon überzeugt, dass der Deutsche Bundestag mit der Wahrnehmung der Beteiligungsrechte einen Beitrag zu einer größeren Akzeptanz europäischer Entscheidungen leistet. Dass dies fraktionsübergreifend geschieht, ist zudem ein großer parlamentarischer Erfolg.“ Er verwies auch auf die Verhandlungserfolge der Bundesregierung aus der letzten Woche: „Die EFSF wird keine Bankenlizenz bekommen, so wie von anderen Staaten gefordert. Damit sind echte Hebel aus gutem Grund nicht möglich.“ Barthle gab sich zudem überzeugt: „Die Bundesregierung wird auch bei der Frage einer Optimierung der EFSF-Instrumente ein gutes Ergebnis erzielen.“

Neues Gremium besetzt

Im Anschluss an die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin und der darauf folgenden Aussprache bestimmte der Deutsche Bundestag die neun Mitglieder des Haushaltsausschusses, die künftig dem „Gremium gemäß Paragraph 3 Absatz 3 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes“ angehören werden. Dieses neu geschaffene Gremium soll in Fällen der Eilbedürftigkeit oder Vertraulichkeit, so etwa bei Anwendung der Instrumente des Euro-Rettungsschirms (EFSF), die Beteiligungsrechte des gesamten Parlamentes beziehungsweise des Haushaltsausschusses wahrnehmen. Die EFSF kann nicht nur Kredite an Euro-Staaten ausgeben, sondern auch Staatsanleihen aufkaufen sowie Kredite zur Rekapitalisierung von Banken und vorsorgliche Kreditlinien zur Verfügung stellen. Der Deutsche Bundestag hat folgende Abgeordnete in das Gremium entsandt: Für die CDU/CSU Norbert Barthle, Bartholomäus Kalb und Michael Stübgen, für die SPD Lothar Binding und Carsten Schneider, für die FDP Otto Fricke und Michael Link, für Die Linke Dr. Dietmar Bartsch und für Bündnis 90/Die Grünen Priska Hinz. Heute hat das Bundesverfassungsgericht allerdings entschieden, dass es Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieses Gremiums hegt. Damit ist ungewiss, ob das Gremium seine Arbeit fortsetzen wird.

Standortentscheidungen der Bundeswehr

In dieser Woche hat Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière die Entscheidung über die zukünftigen Standorte der Bundeswehr bekanntgegeben. Den direkt betroffenen Abgeordneten teilte

der Minister seine Entscheidungen bereits in der Nacht zum Mittwoch mit. Am darauffolgenden Vormittag wurde dann der gesamte Deutsche Bundestag unterrichtet. Mit den Standortentscheidungen des Ministers wurde ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zur Neuausrichtung der Bundeswehr getan. Nach der Aussetzung der Wehrpflicht und der Umstellung der Bundeswehr auf eine Freiwilligenarmee gilt es nun, die Strukturen so anzupassen, dass das Ziel einer effizienteren und schlagkräftigeren Bundeswehr erreicht wird. Dazu gehört die Verschlankung des Ministeriums ebenso wie die Konzentration der Standorte. Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ernst-Reinhard Beck nannte das vorgelegte Konzept eine „gelungene Reform für die Bundeswehr der Zukunft“, die „dem internationalen Stellenwert gerecht wird“. Er gratulierte dem Minister im Namen der Unionsfraktion „zu diesem gelungenen und klugen Gesamtkonzept. Es wird eine erfolgreiche Neuausrichtung der Bundeswehr ermöglichen und den Beschäftigten langjährige Planungssicherheit geben. Auch in Zukunft wird sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion weiter für eine moderne und schlagkräftige Bundeswehr und ganz besonders für die Soldaten einsetzen.“ Hintergrund: Bei dieser größten Reform in der Geschichte der Bundeswehr werden insgesamt von den 400 Bundeswehrstandorten in Deutschland 31 geschlossen. Weitere 90 werden stark verkleinert. In Baden-Württemberg werden vier Standorte aufgegeben und zwei Standorte stark reduziert. Von den bisherigen 25.500 Dienstposten der Bundeswehr wird das Land in den nächsten Jahren 9.700 verlieren.

Änderungen im Telekommunikationsrecht

Mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen hat der Deutsche Bundestag an diesem Donnerstag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen in der vom Ausschuss für Wirtschaft und Technologie geänderten Fassung verabschiedet. Mit dem Gesetz werden EU-Vorgaben in deutsches Recht umgesetzt. Es enthält eine Fülle von Regelungen wie etwa eine Investitionsförderung zur Breitbandversorgung. Der Wirtschaftsausschuss nahm zusätzlich in das Gesetz auf, dass alternative Infrastrukturen für den Breitbandausbau eröffnet werden. Unternehmen, die in Breitbandnetze investieren, erhalten dadurch Planungssicherheit, dass Regulierungsentscheidungen der Bundesnetzagentur bere-

chenbar werden. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Joachim Pfeiffer gab sich überzeugt: „Diese neuen Regelungen werden dazu beitragen, unser ehrgeiziges Ziel zu realisieren, bereits 2015, spätestens aber 2018, flächendeckend Breitbandanschlüsse mit einer Bandbreite von 50 MBit/s zu haben. Wir sind auf dem besten Weg zu diesem Ziel: Waren Anfang 2009 nur 5 bis 10 Prozent der Haushalte mit 50 MBit/s-Anschlüssen versorgt, so sind es seit Mitte 2011 bereits über 40 Prozent. Unser Motto lautet dementsprechend: Breitband für alle, und zwar schnell!“

Zitat

«Wir alle betreten Neuland. Einfache Lösungen, der eine Paukenschlag, das wird es nicht geben.» (Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Mittwoch im Bundestag in ihrer Regierungserklärung zur Euro-Rettung.)

Persönliche Notizen

1. Wahlkreis

Die Entscheidung für Ellwangen hinterlässt gemischte Gefühle. Obwohl in den regionalen Medien vergangene Woche Hinweise auf eine bevorstehende Schließung des Standorts Ellwangen gegeben wurden, hat die Reduzierungsentscheidung die Ellwanger und regionale Öffentlichkeit hart getroffen. Mir machen dabei die betroffenen Familien, die möglicherweise wieder umziehen müssen, am meisten Sorgen. Hier ist Fürsorge und unser aller Solidarität gefragt.

Deshalb habe ich gestern meine Zelte in Berlin abgebrochen und bin in den Wahlkreis zurück gekehrt, um heute Morgen gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Winfried Mack in einem 90-minütigen Gespräch die Vertrauenspersonen und Personalräte wie die verantwortlichen Vorgesetzten aus Transportbataillon und Dienstleistungszentrum der Bundeswehr zu treffen. Diese haben wir gemeinsam als Betroffene über die Hintergründe der Entscheidung informiert. Zugleich habe ich gestern an den Herrn Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière geschrieben und um Informationen zum nun anstehenden Prozess gebeten sowie flankierende Begleitmaßnahmen gefordert.

Dieser Auflösungsprozess wird sich über die nächsten ca. vier bis fünf Jahre ziehen. Dieser Zeitrahmen gibt uns die Möglichkeit, ein regionales Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu schmieden. So sehr die Entscheidung uns alle schmerzt – wir haben in der Region gute Ausgangsvoraussetzungen, um das zu schaffen. Seien Sie versichert, ich werde mich gemeinsam mit MdL Winfried Mack, Landrat Klaus Pavel und Oberbürgermeister Karl Hilsenbek und vielen Fachleuten gemeinsam für eine gute Lösung einsetzen, die wir aber jetzt nicht schon zerreden dürfen.

Positiv ist der Verbleib des Bundesprachenzentrums, denn es werden nicht nur einige (wenn auch wenige) Dienstposten gehalten, sondern für die nächsten Jahre werden wochentäglich rund 180 bis 250 Lehrgangsteilnehmer vom Unteroffizier bis zum Oberst in Ellwangen in Uniform die Schulbank drücken. Ganz wichtig ist zugleich, dass mit dem Erhalt einer Dienststelle der Bund weiter in der Pflicht ist, sich bei Infrastruktur, Bewachung, etc. um den Standort zu kümmern. Ferner wird das lokale Handwerk auch weiter vom Standort profitieren, auch wenn natürlich auf niedrigerem Niveau als bisher.

Diese Standortentscheidung erfolgte im Kontext der ersten Bundeswehr-Reform, die nicht vorab in den Medien und politischen Gremien zerredet wurde, sondern bis zum Schluss vertraulich blieb. Das verdient zumindest Respekt, denn sonst wäre die notwendige Reform bereits im Vorfeld aufgegeben worden. Ich habe mich bis zuletzt auch dank der letzte Woche einsetzenden regionalen, politischen und medialen Unterstützung für den Erhalt eingesetzt. Die Alternative war bis Dienstagabend (25.10.) die vollständige Auflösung! Ohne meine Intervention beim Minister wäre vom Standort Ellwangen heute nichts mehr übrig. Der Erhalt des Sprachenzentrums kam unerwartet und ich sehe das als Erfolg, wenn auch mit gemischten Gefühlen. (Pressemitteilung: <http://bit.ly/tQiLVs>)

Leider hat seit 2004, wo MdL Winfried Mack und ich begonnen haben, die Stadt zu Alternativplanungen zu bewegen, niemand die drohende Schließung so richtig wahr haben wollen. Der Standort Ellwangen stand aber schon damals auf der Kippe. Warum ist das wichtig? Der Bund kann erst dann über Hilfsmaßnahmen abschließend entscheiden, wenn ein regionales Konzept vorliegt, das als Grundlage für eine solche Konversion dient. Die Zeichen waren klar, zumal 120.000 Arbeitsplätze bei der Bundeswehr mit und ohne Uniform abge-

baut werden! Die Stadt Ellwangen muss nun die treibende Kraft sein, einen Plan B zu entwickeln. Seien Sie versichert, MdL Mack und ich werden uns auf Bundes- und Landesebene umfassend kümmern und entsprechende Unterstützung organisieren.

Da ich bewusst und auch auf Bitten der Partei im Vorfeld meiner Kandidatur auf eine Mitarbeit im Verteidigungsausschuss verzichtet habe, war ich nicht strukturell in die Reformen eingebunden wie auch kein anderer Abgeordnete außerhalb dieses Ausschusses. Und dass ein ehemaliger Oberst da besonders Einfluss haben müsse, dient nur der Legendenbildung ;-). Immerhin, gemeinsam haben wir eine Dienststelle durchgesetzt!

Am Freitag, dem 04. November stelle ich mich ab 19.30 Uhr im Ellwanger „Roten Ochsen“ der Öffentlichkeit zu einem Bürgergespräch. MdL Winfried Mack wird auch da sein, wir wollen uns als regionale Volksvertreter gemeinsam stellen. Bitte kommen Sie zahlreich und machen Sie Werbung für die Veranstaltung. Wir wollen über den Hintergrund der Entscheidung, aber auch über die jetzt anstehenden Perspektiven sprechen.

2. Berlin

Neben der Bundeswehrreform war der €-Rettungsschirm das absolut beherrschende Thema. Mit der breiten Unterstützung des Bundestages im Rücken (503 von 596 abgegebenen Stimmen) hatte unsere Bundeskanzlerin ein beeindruckendes Mandat für ihre erfolgreichen Verhandlungen in Brüssel im Rücken. Einzelheiten sind ja vorne im Haupttext genannt. Ich bin gerne bereit, mit Ihnen in Bürgergesprächen das Thema und seine Folgen zu erläutern und zu diskutieren. Laden Sie mich einfach ein. Auch unser Kreisvorsitzender Norbert Barthle ist gern bereit dazu, trägt er doch beeindruckend die Hauptlast der Verhandlungen zum €-Rettungsschirm und kann aus allererster Hand berichten.

Des Weiteren hatte ich diese Woche meine 30. Rede (zu Protokoll). Thema war die Zukunft der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. (<http://bit.ly/tKxSSc>)

3. Sonstiges

Über meine weiteren Aktivitäten im Wahlkreis informiere ich Sie ausführlich im nächsten KK 18/2011.

Herzliche Grüße Ihr und Euer

